Zeitschrift: Werdenberger Jahrbuch : Beiträge zu Geschichte und Kultur der Gemeinden Wartau, Sevelen, Buchs, Grabs, Gams und Sennwald

Herausgeber: Historischer Verein der Region Werdenberg

Band: 25 (2012)

Artikel: Zwischen Fürst und Führer : "Kriegszeit" : Peter Geigers Werk über Liechtenstein in den Jahren 1939 bis 1945

Autor: Hagmann, Werner

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-893535

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zwischen Fürst und Führer

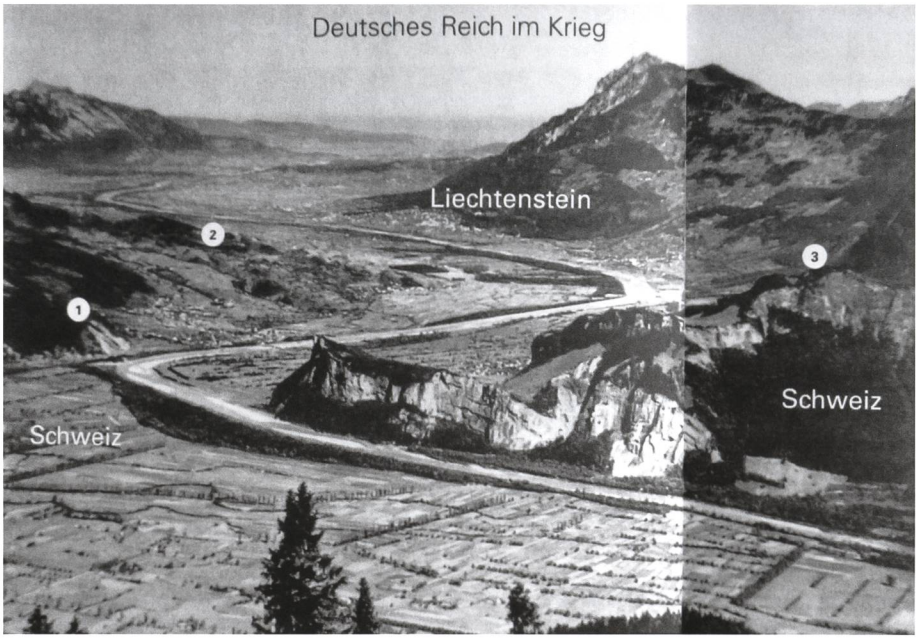
«Kriegszeit» – Peter Geigers Werk über Liechtenstein in den Jahren 1939 bis 1945

Werner Hagmann

Ende November 2010 ist in Schaan das monumentale Werk «Kriegszeit» von Peter Geiger vorgestellt worden. Die beiden mehr als 1300 Seiten umfassenden Bände beleuchten eingehend die Geschichte des Fürstentums Liechtenstein in den bewegten Jahren des Zweiten Weltkriegs. Die Publikation ist das Resultat eines gross angelegten, 1987 gestarteten, im Lauf der Jahre mehrmals unterbrochenen Forschungsprojekts am Liechtenstein-Institut in Bendern über den Zeitraum 1928–1945. Die Bände zur Krisenzeit der Dreissigerjahre sind 1997 erschienen.

Ein Autor mit Aussensicht

Peter Geiger, Jahrgang 1942, ist gebürtiger Schweizer, aber in Liechtenstein aufgewachsen und auch heute noch dort wohnhaft – er ist also mit den Verhältnissen im Land gut vertraut. Zugleich bringt er als Schweizer Bürger den Blick von aussen mit und bietet Gewähr für eine gewisse Unabhängigkeit und kritische Distanz. Neben seiner Tätigkeit als Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut war der habilitierte Historiker als Mittelschullehrer und als Dozent an der Pädagogischen Hochschule in St.Gallen sowie als Privatdozent an der Universität Fribourg tätig. Der Autor hat schon eine grosse Zahl von Publikationen zu einzelnen Aspekten der Liechtensteiner Zeitgeschichte vorgelegt. Als Präsident der «Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg» zeichnete er für deren 2005 erschienenen Schlussbericht verantwortlich.



Die Perspektive aus dem Gebiet der Festung Sargans auf Liechtenstein.

Verdrängtes offenlegen

Ziel des Forschungsvorhabens war die Aufarbeitung und erste Gesamtdarstellung der für die liechtensteinische Zeitgeschichte zentralen, aber lange Zeit weitgehend tabuisierten Phase von 1939 bis 1945, die von Furcht, Existenzangst und Bedrohung durch den Nationalsozialismus geprägt war. Als Folge der langen Verdrängung stützte sich die Überlieferung oft nur auf vage Gerüchte, die sich durch Wiederholung zu «Geschichtsbildern» verdichteten, den Quellen aber häufig nicht Stand halten. Umso mehr ist es Peter Geiger ein zentrales Anliegen, einerseits die Fakten, gestützt auf nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewerteten Quellen, vorbehaltlos offenzulegen, anderseits Vermutungen, offene Fragen sowie seine stets differenzierten Beurteilungen klar als solche zu deklarieren. Indem der Autor die Namen der handelnden Personen nennt, vermeidet er Spekulationen und Verwechslungen, wird er den damaligen Akteuren gerecht und bricht er die Magie von Tabus.

Forschungsstand und Quellenbasis

Eine gründliche und umfassende Aufarbeitung der Geschichte Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg fehlte bisher. Bis in die 1980er Jahre wurde die Kriegszeit – wenn überhaupt – höchstens oberflächlich thematisiert. Heikle Details blieben ausgespart, mitunter wurde auch beschönigt und verharmlost. Seither sind verschiedene, meist kleinere, auf Einzelaspekte ausgerich-

tete Studien erschienen, deren Mehrzahl von Peter Geiger selbst stammt. In jüngster Zeit sind noch die Untersuchungen der ebenfalls von Geiger geleiteten «Unabhängigen Historikerkommission» hinzugekommen.

Peter Geigers Werk stützt sich auf eine breite Quellenbasis. Ausgewertet wurden primär Unterlagen aus Archiven, namentlich aus dem Liechtensteinischen Landesarchiv und dem Hausarchiv des Fürsten, verschiedenen weiteren öffentlichen Archiven in der Schweiz und im Ausland sowie aus zahlreichen privaten Archivbeständen. Daneben setzt der Autor aber auch auf mündliche Quellen: Über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten hat er rund fünfzig Zeitzeugen befragt, darunter verschiedene bedeutende, inzwischen grösstenteils verstorbene Akteure jener Zeit. Beigezogen hat Geiger auch zahlreiche gedruckte Quellen wie amtliche Publikationen, Presseorgane, Quelleneditionen und Erinnerungsliteratur.

Geiger betont, dass das, was damals öffentlich wahrgenommen wurde, und das, was erst im Nachhinein bekannt wurde, nicht deckungsgleich ist: *«In der Rückschau sind auch die seinerzeit öffentlich sichtbaren Vorgänge von den geheimen, damals den Zeitgenossen verborgenen Aktionen zu unterscheiden.»* (Bd. 1, S. 242) Das bedeutet zweierlei: Einerseits ist dies im Hinblick auf das Denken und Handeln der Damaligen stets im Auge zu behalten, anderseits relativieren sich dadurch die rückblickenden Äusserungen von Zeitzeugen.

Gliederung und Schwerpunkte

Der Aufbau des Werks folgt weitgehend dem chronologischen Ablauf. Geiger reiht die Fülle an Informationen aus verschiedenen Bereichen aber nicht einfach chronikalisch aneinander, sondern gliedert den Stoff nach inhaltlichen Schwerpunkten. Es sind dies im Wesentlichen das eigentliche Kriegsgeschehen und die damit verbundene Bedrohungslage, die Innenpolitik im Bann einer aggressiven nationalsozialistischen Bewegung im Land, die zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich lavierende Aussenpolitik sowie die Rolle des Fürsten. Allerdings lassen sich die einzelnen Bereiche nicht scharf voneinander trennen: *«Alles griff ineinander, Krieg, Aussen- und Innenpolitik, Wirtschaft, Parteien, Ideologien, persönliche Erwartungen.»* (Bd. 1, S. 312) Was der Autor bezogen auf 1940 konstatiert, gilt grundsätzlich für den gesamten Zeitraum. Überschneidungen und Wiederholungen lassen sich folglich nicht ganz vermeiden.

Eine Besonderheit der Liechtensteiner Geschichte besteht darin, dass sich – in weit stärkerem Mass als etwa im benachbarten St.Galler Bezirk Werdenberg – lokale Landesgeschichte und grenzübergreifende, internationale Geschichte stets verschränken, ganz besonders in Krisen- und Kriegszeiten.

Erstaunlich breite Akzeptanz

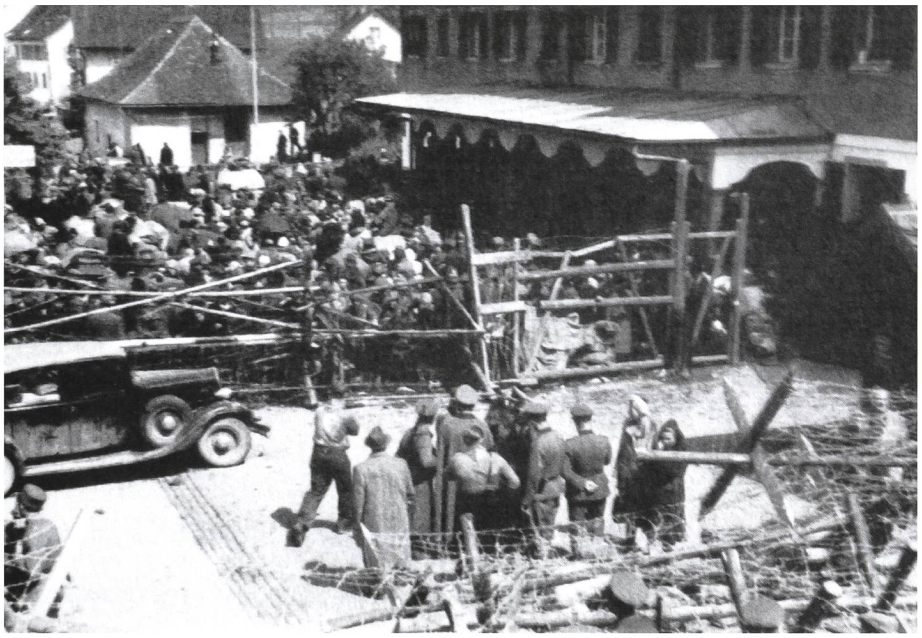
Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus prägte und spaltete nach Geigers Einschätzung die liechtensteinische Gesellschaft so stark, wie es sonst nur die Hexenverfolgung im 17. Jahrhundert vermocht hatte. Dieser krasse Vergleich lässt erahnen, mit wie starken Emotionen das lange tabuisierte Thema bis in die Gegenwart verbunden ist. Vor diesem Hintergrund würde es nicht überraschen, wenn Peter Geigers Forschungsvorhaben auf Widerstände und Ablehnung gestossen wäre. Umso erstaunlicher ist es, dass dies insgesamt – nach eigenem Bekunden – keineswegs der Fall war. Dem Autor wurden von keiner Seite inhaltliche Auflagen gemacht, die er – wie er betont – auch nicht akzeptiert hätte. Der Zugang zu den Quellen war ungehindert möglich. Keiner der angefragten Zeitzeugen versagte ein Interview, bot ein solches doch auch die Chance, die eigene Sicht der Dinge darzulegen. Im Vorfeld des Forschungsprojekts gab es zwar teils Befürchtungen, es könnten «alte Wunden» aufgerissen werden. Vereinzelte negative Reaktionen von Angehörigen betroffener politischer Akteure blieben – auch nach der Buchpublikation – die grosse Ausnahme und hatten keinen Einfluss auf das Projekt. Insgesamt überwiegen deutlich die durchwegs sehr positiven Stellungnahmen. Die beiden Bände stossen auf enormes Interesse, wie schon der Grossaufmarsch anlässlich der Buchvorstellung erahnen liess. Peter Geiger ist es offensichtlich gelungen, potenzielle Kritiker mit seiner streng wissenschaftlichen, sachbezogenen Vorgehensweise zu überzeugen.

Kriegsgeschehen und Bedrohungslage

Standen in der Krisenzeit wirtschaftliche Belange im Vordergrund, ging es seit dem «Anschluss» Österreichs um das politische Überleben des Landes. Ab 30. August 1939 war die Grenze Schweiz–Liechtenstein militärisch besetzt, dann vorübergehend fast gänzlich geschlossen – Liechtenstein ein *«Niemandsländchen zwischen der Schweizer Armee und der deutschen Wehrmacht»*. Am 2. September 1939 erteilte der Landtag ausserordentliche Vollmachten an die Regierung zur Anordnung kriegswirtschaftlicher Massnahmen.

Liechtenstein – von Deutschland als Anhängsel der Schweiz betrachtet – war bedroht, wenn die Schweiz bedroht war. Auch die Gründe für die Kriegsverschonung waren die gleichen wie für die Schweiz. Im Fall eines Angriffs hätte die Schweiz Liechtenstein nicht verteidigt, ausser wenn der Angriff zugleich der Schweiz gegolten hätte. Das Fürstentum lag direkt im Schussfeld der Festung Sargans, dem östlichen Réduit-Bollwerk, profitierte zugleich aber auch von deren Abschreckungswirkung.

Seit dem «Anschluss» Österreichs war Liechtenstein nie mehr ungefährdet, die tatsächliche Bedrohung stimmte aber nicht immer mit der damals empfundenen überein. Im Mai 1940, in einer von Besorgnis bis hin zu Angst und Panik geprägten Stimmung, wurde eine Evakuierung der Bevölkerung vorbereitet. Die gefährlichste Situation je-



Andrang an der österreichisch-liechtensteinischen Grenze in Schaanwald-Tisis, Anfang Mai 1945.

doch bestand nach dem Waffenstillstand mit Frankreich vom 22. Juni 1940, wenn man auch damals die unmittelbarste Gefahr schon für gebannt hielt. Generell war die Gefährdung im Winter höher, wenn an den Fronten keine Grossoperationen im Gang waren.

Auf deutsches Drängen ordnete die Regierung ab 1940 bis 1944 wie in der Schweiz die Verdunkelung an, um alliierten Bombern die Orientierung zu erschweren. Gegenüber der Bevölkerung wurde dies jedoch als Schutzvorkehrung «verkauft», gerade für Grenzregionen bedeutete sie aber eher eine Gefährdung.

Als zur Schweiz hin durchlässiges Grenzgebiet vor den Toren der Festung Sargans stand Liechtenstein im Visier nachrichtendienstlicher Aktivitäten. Neben militärischer Spionage von Seiten der deutschen «Abwehr» gab es auch von Gestapo und Sicherheitsdienst (SD) der SS betriebenen politischen und wirtschaftlichen Nachrichtendienst. Insgesamt sind 113 Personen aktenkundig, die nachrichtendienstlich tätig waren. Wegen militärischer Spionage gegen die Schweiz wurden drei Liechtensteiner zum Tode verurteilt. Einer von ihnen wurde hingerichtet. Als Informanten der Gestapo in Feldkirch und des SD in Stuttgart betätigten sich neben Liechtensteiner Nationalsozialisten wie Martin Hilti auch prominente Vertreter der Vaterländischen Union wie alt Regierungschef Gustav Schädler und der stellvertretende Regierungschef Alois Vogt.

Mit dem nahenden Kriegsende stieg die Gefahr des Übergreifens der Kampfhandlungen auf Liechtensteiner Gebiet. Am 2. Mai 1945 richtete Regierungschef Hoop – ungeachtet des Neutralitätsbekenntnisses – ein schriftliches Gesuch an den zuständigen französischen General Béthouart, Liechtenstein Hilfe zu leisten, falls deutsche Truppen die Kampfhandlungen ins Land hinein tragen sollten. Das Schreiben wurde in Buchs einem französischen Offizier übergeben.

Gegen den zu erwartenden Ansturm von Flüchtlingen wurde die Grenze zu Deutschland in den letzten Kriegsmonaten mittels Stacheldrahtverhau gesichert, Hilfspolizei und Schweizer Grenzwacht wurden verstärkt und alle Grenzübergänge ausser Schaanwald geschlossen. Dort überquerten bis am 3. Mai rund 10 000 Personen verschiedener Nationalitäten die Grenze, darunter entlassene Kriegsgefangene, ehemalige Zwangsarbeiter und befreite KZ-Insassen, die nach kurzer Verpflegung Richtung Buchs weitergeleitet wurden. Kollaborateure, Deserteure und NS-Funktionäre wurden von den Schweizer Grenzorganen – sofern erkannt – abgewiesen, darunter Pierre Laval, der später hingerichtete Ministerpräsident von Vichy-Frankreich.

Nach der kampflosen Einnahme Feldkirchs erreichten die Franzosen am 4. Mai 1945 die Landesgrenze, womit der Krieg für Liechtenstein zu Ende war.

Im Schatten der NS-Verbrechen

Untrennbar verbunden mit dem Zweiten Weltkrieg ist die von den Nationalsozialisten systematisch betriebene Vernichtung der europäischen Juden. Obwohl auch in Liechtenstein ein latenter Antisemitismus verbreitet war, fanden während der NS-Zeit insgesamt rund 400 jüdische Flüchtlinge vorübergehend oder dauerhaft Aufnahme im Land. Ab Ende 1941 begann die Landespresse über den sich anbahnenden Massenmord zu berichten, allerdings weniger explizit als der benachbarte «Werdenberger & Obertoggenburger».

Im Februar 1942 erfolgte eine geheime Intervention des SS-«Judenreferats» gegen Liechtenstein wegen dessen angeblich judenfreundlichen Verhaltens, worin verlangt wurde, *«diese unhaltbaren Zustände in dem kleinen Land zu beseitigen»*. Der deutsche Generalkonsul Hermann Voigt in Zürich beschwichtigte, worauf dieser forsche Versuch, das Land in den Vernichtungsprozess einzubeziehen, versandete.

1943 wurde Valeska von Hoffmann, eine in Meran lebende eingebürgerte Liechtensteinerin, als gebürtige Jüdin deportiert. Sie überlebte, wohl auch weil sie Liechtensteinerin war und man sich sogleich – vorerst zwar erfolglos – auf diplomatischem Weg für sie einsetzte. 1944/45 wurden ungarische Juden auf fürstlichen Gütern bei Wien zur Zwangsarbeit eingesetzt, was ihnen – im

Gegensatz zu ihren direkt nach Auschwitz deportierten Leidensgenossen – das Leben rettete.

Dem NS-Euthanasiemord fielen höchstwahrscheinlich auch einzelne Geisteskranke aus Liechtenstein zum Opfer. Da das Land nicht über eine eigene Anstalt verfügte, wurden diese oft in Vorarlberg untergebracht. Im Wissen um die drohende Gefahr versuchten Angehörige und Gemeinden, die Betroffenen nach Liechtenstein zurückzuholen.

Politische Befriedung im Innern

Ende März 1938 – kurz nach dem «Anschluss» Österreichs – nahm die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) die oppositionelle Vaterländische Union (VU) in eine Koalitionsregierung auf, um angesichts der äusseren Gefahr eine innenpolitische Befriedung zu bewirken und die Gefahr eines Abgleitens der VU ins Lager der «Anschluss»-Freunde abzuwenden. Die VU war 1936 aus der Fusion von Christlich-sozialer Volkspartei und der deutschfreundlichen Erneuerungsbewegung «Liechtensteiner Heimatdienst» entstanden, wobei die Heimatdienstler in der Führung dominierten. Die vierköpfige Regierung bestand aus zwei Vertretern der FBP (Regierungschef Josef Hoop und Pfarrer Anton Frommelt, zugleich Landtagspräsident und konsequenter NS-Gegner) und zwei Exponenten der VU, darunter Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Alois Vogt. Als ehemaliges Führungsmitglied des Heimatdienstes hegte er unverhohlene Sympathien für Deutschland und nahm eine ambivalente Haltung ein.

Anfang 1939 wurde das Proporzwahlrecht eingeführt. Im Frühjahr 1939 einigten sich die Parteien auf eine stille Landtagswahl: Die FBP erhielt acht Mandate, die VU sieben. Auch im Kanton St.Gallen wurden 1939 für den Kantonsrat und den Nationalrat stille Wahlen erwogen, scheiterten aber an der Uneinigkeit der Parteien. Die 1943 anstehende nächste reguläre Landtagswahl wurde per Notrecht bis April 1945 verschoben; letztere änderte an der Sitzverteilung nichts.

Im Zuge der innenpolitischen Befriedung wurden im Frühjahr 1939 die streitbaren Redaktoren des FBP-Organs «Liechtensteiner Volksblatt» und des VU-Blattes «Liechtensteiner Vaterland» abgelöst. Der Parteienstreit war vorerst gebannt. Aussenpolitisch übte die Presse als Aushängeschild des Landes Zurückhaltung bis zur Gesinnungsneutralität – im Vergleich dazu bot der «Werdenberger & Obertoggenburger» mehr Orientierung. Ab Juni 1940 wurden jedoch sehr unterschiedliche, die Haltung der Parteiführungen widerspiegelnde Einstellungen zur neuen Kriegslage erkennbar: Während sich das «Volksblatt» gegen die nationalsozialistische «Volksdeutsche Bewegung» und Anpassungstendenzen in der VU – ohne deren explizite Nennung – wandte und für Liechtenstein die Parole «Durchhalten» ausgab, bewunderte das «Vaterland» unverhohlen den deutschen Sieg, bediente sich des NS-Vokabulars und richtete sich mit der Parole «Einordnen» in Hitlers neues Europa auf Anpassung aus. Zwar sprachen sich beide Zeitungen für die Weiterexistenz Liechtensteins als Staat aus, unterschieden sich aber deutlich in ihrer Haltung bezüglich Anpassung.

Französische Truppen erreichen am 4. Mai 1945 die Liechtensteiner Grenze bei Tisis.

«Volksdeutsche Bewegung» als «fünfte Kolonne»

Im Gefolge des «Anschlusses» von Österreich und als Reaktion auf Parteienbefriedung wurde im März 1938 die nationalsozialistische «Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein» (VDBL) gegründet. Sie trat für den «Anschluss» an Deutschland ein und rekrutierte sich vor allem aus den Reihen ehemaliger Heimatdienst-Leute.

Am 24. März 1939 scheiterte ein «Anschluss»-Putsch der Liechtensteiner Nationalsozialisten an der ausbleibenden Unterstützung aus dem Reich und am energischen Widerstand im Innern. Nach Flucht und Verhaftung der Anführer aus der VDBL-Spitze stand die Bewegung geschwächt und führerlos da. Der Hochverratsprozess gegen die Verantwortlichen wurde jedoch aus aussenpolitischen Rücksichten sistiert und die inhaftierten Putschisten ins Reich abgeschoben.

Unter dem Eindruck der deutschen Siege und der weiterhin desolaten wirtschaftlichen Lage erhielt die VDBL ab Frühsommer 1940 unter neuer Führung wieder starken Auftrieb. Sekundarlehrer Alfons Goop aus Eschen ersetzte den nach Deutschland geflüchteten Theodor Schädler als Landesleiter, bevor er sich im März 1943 selbst als Kriegsfreiwilliger nach Deutschland absetzte.

Der zweite Mann in der VDBL-Führung war der bereits im «Heimatdienst» politisch aktive Ingenieur Martin Hilti aus Schaan. Im Sommer 1941 absolvierte er eine Waffen-SS-Ausbildung in Prag, entzog sich aber einem Fronteinsatz. Bei einer tätlichen Auseinandersetzung in der Nacht vom 16./17. Februar 1942 in Vaduz rief Hilti aus: *«Umbringen werde ich euch nicht, aber erziehen!»* – dieses offenbar auch bei anderer Gelegenheit wiederholte *«geflügelte Hilti-Wort»* implizierte die Androhung einer gewaltsamen Umerziehung, aber auch die Macht, die Gegner umzubringen. Ende 1941 gründete er die Maschinenbau Hilti oHG als Zulieferbetrieb für deutsche Rüstungsfirmen und baute sie nach dem Krieg zum weltweit tätigen Konzern aus.

Tierarzt Sepp Ritter aus Schaan, Lehrer Ernst Schädler aus Vaduz sowie der Arzt Hermann Walser aus Schaan gehörten ebenfalls zur Landesleitung. Letzterer, verheiratet mit einer Frau jüdischer Herkunft, schied im Oktober 1941 aus der VDBL-Führung aus. Die neue Führung war nicht in den Putschversuch von 1939 verwickelt, akademisch gebildet, beruflich tüchtig, materiell gesichert, in gesellschaftlich angesehenen Positionen: *«Als jugendliche Heisssporne konnten sie nicht mehr gelten.»*

Die von der neuen Führung erlassenen Statuten dienten lediglich als *«Legalitäts-Kulisse»*, indem nur jene Ziele genannt wurden, die öffentlich vertreten werden konnten. Als einzige konkrete Forderung fand sich darin der *«Wirtschaftsanschluss an Deutschland»*.

Regierungschef Josef Hoop bei einer Tischrede, März 1939.

Alfons Goop, 1940–1943 Landesleiter der «Volksdeutschen Bewegung», in Waffen-SS-Uniform, 1943.

Da bis Kriegsende keine landesweiten Wahlen stattfanden, lässt sich die Stärke der VDBL nur indirekt ermitteln. Auf dem Höhepunkt 1940 dürfte die Bewegung rund 300 Mitglieder (etwa zehn Prozent der Stimmberechtigten) umfasst haben. Hinzu kam ein Kreis von Sympathisanten. Gefährlich war die Bewegung weniger aufgrund ihrer zahlenmässigen Stärke, als viel mehr wegen ihrer Radikalität.

Die VDBL-Führung pflegte verschiedene Kontaktlinien ins Reich, insbesondere zur «Volksdeutschen Mittelstelle», zum «Volksbund für das Deutschtum im Ausland» (beide in Berlin), zu SD-Funktionären in Stuttgart, zu Gestapo-Stellen in Vorarlberg und Tirol, zu Agenten der deutschen Auslandspionage. Zahlreiche VDBL-Mitglieder dienten dem Reich als Informanten, Denunzianten, Spione und Waffen-SS-Freiwillige.

Die Bewegung verfolgte ein Doppelziel: die Einführung des Nationalsozialismus im Innern und den «Anschluss» an das Dritte Reich. Die Mehrheit der VDBL-Führung strebte nicht «nur» den Wirtschaftsanschluss – wie öffentlich gefordert und im Nachhinein behauptet – an, sondern letztlich den Totalanschluss und verhielt sich damit hochverräterisch.

Das Schüren von Hass und die Einschüchterung politischer Gegner dienten der VDBL als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. Im Juni 1940 wurde ein Bombenanschlag auf das Haus eines prominenten FBP-Politikers verübt. Am 20. Juli 1940 erliess die Regierung ein Versammlungsverbot für politische Organisationen, womit der VDBL die Bühne für Propagandaveranstaltungen entzogen war. Das zunehmend provokative Auftreten der Volksdeutschen (zum Beispiel durch das Aufmalen und Abbrennen von Hakenkreuzen oder die Schaffung der «Sportabteilung» SA als «Sicherheitsdienst» der Bewegung) führte ab Sommer 1940 zu gewaltsamen Zusammenstössen mit NS-Gegnern.

«Der Umbruch» – ein antisemitisches Nazi-Hetzblatt übelster Art

Am 5. Oktober 1940 erschien erstmals «Der Umbruch», das «Kampfblatt der VDBL». Als Schriftleiter zeichnete bis Ende 1942 Martin Hilti. Dieser propagandistische Überraschungscoup verschärfte die innenpolitische Auseinan-

dersetzung und führte – verstärkt durch die ambivalente Haltung der VU – zu einer eigentlichen «Oktoberkrise». Das von blankem Hass geprägte Hetzblatt bediente sich einer schreienden, dramatisierenden Aufmachung mit übergrossen Schlagzeilen und einer emotionalen, aufstachelnden Sprache und bekannte sich vorbehaltlos zu Deutschland und zum Nationalsozialismus. Das Abstossendste war die menschenverachtende Hetze gegen die Juden mit dem Ziel eines «judenreinen» Liechtensteins. Noch im Mai 1943 forderte «Der Umbruch» *«die Ausmerzung des Judentums als Volk und Rasse»*, was nichts anderes war als *«ein Aufruf zur Beihilfe am Mord»*. Im Innern zielten die Angriffe vor allem auf die FBP und die Pfadfinder. Der Fürst hingegen – als Staatsoberhaupt Symbolfigur für die Selbständigkeit des Landes – wurde ignoriert. Geigers Urteil lässt keine Zweifel: «Der Umbruch» sei ein *«fürchterliches Hetzblatt»*, ein *«erschütterndes Dokument ideologischer Verranntheit, Bosheit und Menschenverachtung»*.

Ausgelöst durch wiederholte Angriffe auf die Schweiz wurde das Hetzblatt im Juli 1943 verboten – damit waren der VDBL Stimme und Bühne entzogen und das Ende der seit Frühjahr 1940 die Innenpolitik beherrschenden «Umbruch»-Zeit in Liechtenstein eingeläutet.

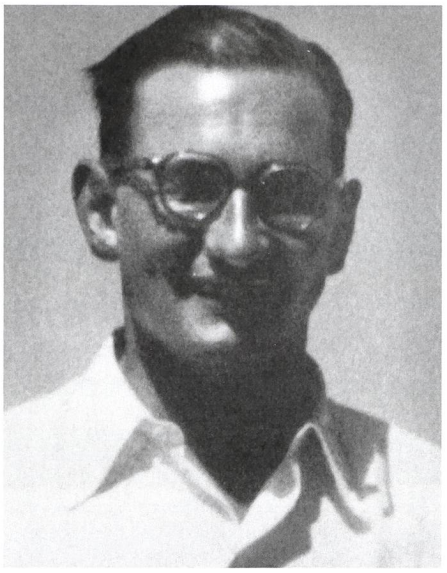
Mit dem Erscheinen des «Umbruch» und dem immer aggressiveren Auftreten der Volksdeutschen nahm die Gewaltbereitschaft in der politischen Auseinandersetzung zu. Zusätzlich angeheizt durch Putschgerüchte, kam es im März 1941 fast täglich zu Gewaltakten. Bei einem Tumult in Schaan am 24. März trug Martin Hilti eine geladene Pistole, mit der er den Gegnern drohte: *«Platz, oder es wird scharf geschossen!»* Am 26. März erreichte die Eskalation den Höhepunkt: Der Volksdeutsche Hugo Meier gab in Mauren zwei Schüsse auf Gegner ab, ohne sie zu treffen. Hätte es Tote gegeben, wäre eine weitere Eskalation bis hin zu einem deutschen Eingreifen möglicherweise nicht mehr zu stoppen gewesen. Eine Verordnung der Regierung vom 29. März verbot politische Provokationen in der Presse und in der Öffentlichkeit. Damit war die Gewalteskalation gestoppt, wozu auch eingeleitete Gerichtsverfahren beitrugen. Noch länger wirkte die antisemitische Hetze im «Umbruch» nach, kam es doch immer wieder zu Anpöbelungen und Beschimpfungen von Juden im Alltag, 1942 sogar zu drei Sprengstoffanschlägen, bei denen glücklicherweise keine Menschen Schaden erlitten.

Extrem hohe Quote an Kriegsfreiwilligen

Ein jahrzehntelang tabuisiertes Kapitel sind die mindestens 100 Liechtensteiner, von wenigen Ausnahmen abgesehen überzeugte Nationalsozialisten aus dem Umfeld der VDBL, die sich als Kriegsfreiwillige nach Deutschland meldeten, wovon 70 in die Waffen-SS, vereinzelte in die Wehrmacht. Dies sind rund fünf Prozent der wehrfähigen Liechtensteiner, eine im Vergleich zur Schweiz sehr hohe Quote. Den Hauptgrund dafür sieht Geiger in der «Mobilisierungsdynamik» der VDBL, hin zur Selbstisolation und Desintegration ihrer Gefolgschaft. Geiger charakterisiert das Handeln der Hitlerfreiwilligen, von denen mindestens acht gefallen sind, als *«Mitwirken am grossen Unrecht»*, das nicht verharmlost werden dürfe. Insofern wäre die besonders von den Betroffenen vertretene Sichtweise, die Waffen-SS habe rein nichts mit der übrigen, verbrecherischen SS zu tun, vor dem Hintergrund neuerer Forschungen auch zur Rolle der Wehrmacht kritisch zu hinterfragen. Rückkehrer wurden in Liechtenstein strafrechtlich nicht belangt, etliche erhielten – kaum zufällig – im von Martin Hilti geführten Unternehmen Arbeit.

Breiter Widerstand gegen die braune Bedrohung

Der staatliche Selbstbehauptungswille Liechtensteins gegen «Anschluss»-Tendenzen manifestierte sich symbolhaft in verschiedenen identitätsstiftenden, patriotischen Anlässen und Gemeinschaftshandlungen, welche stark um den Fürsten als Symbol für den Selbständigkeitswillen kreisten. Anlässlich der Huldigungsfeier vom 19. Mai 1939 wurde der Unabhängigkeitswille bekräftigt. Die Muttergottesweihe vom 25. März 1940 bei der Wallfahrtskapelle Dux in Schaan benutzte der Monarch, um den Schutz der Muttergottes für das Land zu erbitten. Der 15. August, Mariä Himmelfahrt und zugleich Vorabend des Fürstengeburtstags, wurde 1940 per Regierungsbeschluss zum Staatsfeiertag erhoben und als patriotische Einigkeitskundgebung begangen. Festlicher Höhepunkt war die Fürstenhochzeit vom 7. März 1943 in Vaduz.



Martin Hilti – der zweite Mann in der Führung der «Volksdeutschen Bewegung», fanatischer Nationalsozialist und erfolgreicher Unternehmer.

Anfang 1939 wurde die «Heimattreue Vereinigung Liechtenstein» (ab 1940 «Nationale Bewegung») als Gegenbewegung zur VDBL gegründet. Dem Putschversuch vom März 1939 trat sie mit einer Unterschriftensammlung entgegen, worin sich eine erdrückende Mehrheit von 95,4 Prozent der Stimmberechtigten für die Erhaltung der Selbständigkeit des Landes aussprach – darunter allerdings auch einzelne NS-

Einzelpreis 30 Rappen Nr. 1 Vaduz, Sonnabend, den 5. Oktober 1940

Bezugspreise: 1 Monat Fr. 1.—, 1/4 Jahr Fr. 2.80, 1/2 Jahr Fr. 5.—, 1 Jahr Fr. 9.75. Deutschland dasselbe in Mark. Uebriges Ausland Inlandspreis + 50 %. Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzeile 4 Rp.; im Textteil: 15 Rappen.

Der Umbruch

Kampfblatt der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein

Umbruch und Neuordnung!

80 Millionen Deutsche mit uns

Seit Jahren hält die Welt den Atem an über das große innere und äußere Aufbauwerk des deutschen Volkes und seines Führers. Wir deutsche Menschen in

Klüngel einer bestimmten Interessengemeinschaft gegenüber, der sich heute noch starrköpfig einer neuen Lebensauffassung und politischen Umorientierung verschließt. Nur

Wir wissen genau, daß wir dabei auf den Widerstand gewisser Blätter und deren Hintermänner stoßen, die auf sogenannten Höhenwegen herumgeistern. Ganz besonders erbost werden diejenigen über die Wahrheit und ihren Rufer, „Den Umbruch", sein, die mit roher Gewalt und

«Der Umbruch» – Titelseite mit Zeitungskopf des am 5. Oktober 1940 erstmals erschienenen Nazi-Hetzblattes.

Anhänger. Unter dem Eindruck der zunehmenden VDBL-Agitation erfolgte im Sommer 1940 eine Reaktivierung. Die Bewegung wollte keine Partei sein, sondern möglichst viele «heimattreue» Liechtensteiner über die Parteien hinweg unter dem Motto «Für Gott, Fürst und Vaterland!» einigen. Der angestrebte Brückenschlag zwischen den politischen Kräften scheiterte: Die VU-Führung sah in der Bewegung eine politische Konkurrenz und distanzierte sich brüsk, da sie den Zusammenhalt der Partei mit ihren zwei gegensätzlichen Flügeln gefährdet sah.

Im August 1942 nahm die sich hauptsächlich aus Schweizern rekrutierende Geistlichkeit (Liechtenstein war Teil des Bistums Chur) in einem Protestbrief an die Regierung geschlossen Stellung gegen den «Umbruch» und forderte ein schärferes Vorgehen. Die den Nationalsozialismus ablehnende Haltung der gesamten Priesterschaft – deren Einfluss als Respektspersonen damals noch ungleich grösser war als heute – hatte zweifellos eine bedeutende Ausstrahlung in der Bevölkerung. Die VDBL versuchte, Geistliche aus politischen Ämtern zu drängen und mundtot zu machen. Als dezidierter NS-Gegner wurde insbesondere Regierungsrat Pfarrer Anton Frommelt angefeindet.

Auch das damals noch eng mit der Geistlichkeit verbundene Schulwesen erwies sich weitgehend immun gegen die braune Versuchung, zumal auch die Lehrerschaft mit ihrem noch hohen Gewicht als moralische Autorität grösstenteils gegen den Nationalsozialismus eingestellt war.

Die über 600 Mitglieder umfassende Pfadfinderschaft bezeichnet Geiger als *«eigentliche Jugendgarde gegen die Nationalsozialisten»*, deren Hauptziel die Verteidigung der Freiheit und Selbständigkeit Liechtensteins wurde. Auch wenn parteipolitisch neutral, war sie stärker in der FBP als in der VU verankert und wurde zeitweise vom «Vaterland» heftig unter Beschuss genommen. Obwohl äusserlich der Hitlerjugend ähnlich, war sie ideologisch doch völlig konträr ausgerichtet. Eine Gruppe von Rovern (älteren Pfadfindern) war zum bewaffneten Widerstand im Falle eines «Anschlusses» beziehungsweise einer NS-Machtübernahme entschlossen, insbesondere auch zur Beseitigung einzelner NS-Exponenten im Land. Der 1942 offenbar auf äusseren Druck hin erfolgte Ausschluss beziehungsweise die Nichtaufnahme jüdischer Mitglieder trübt das hehre Bild allerdings etwas.

Verhallter Ruf nach «Säuberung» bei Kriegsende

Mit dem Kriegsende war die Zeit der «Säuberung», der Abrechnung mit den NS-Anhängern, gekommen. Sprengstoffanschläge auf Häuser von bekannten Nationalsozialisten Anfang Mai 1945 verursachten Sachschäden. Ein «Aktionskomitee heimattreuer Liechtensteiner» verlangte Mitte Mai die Bestrafung der als «Landesverräter» bezeichneten Liechtensteiner Nazis und löste damit eine Pressekontroverse aus: Das «Volksblatt» warf dem «Vaterland» vor, in den Kriegsjahren zu den einheimischen NS-Umtrieben geschwiegen zu haben. Am Schaaner Lindenplatz wurden von NS-Gegnern ein symbolischer Galgen und Plakate mit Vorwürfen und Forderungen nach «Säuberung» aufgestellt. Im Juni 1945 stellte die Regierung Grundsätze zur Säuberungsfrage vor: Bei strafbaren Handlungen sollte mit rechtlichen Mitteln vorgegangen werden, gegen Ausländer – bei Missbrauch des Gastrechts – zusätzlich auch fremdenpolizeilich. Insgesamt wurden 26 deutsche Nationalsozialisten ausgewiesen.

Der 1946 wieder aufgenommene Putschprozess endete mit der Verurteilung von sechs Hauptangeklagten zu Kerkerstrafen. Von der 1940 eingesetzten VDBL-Führung wurde einzig Landesleiter Alfons Goop, der die gesamte Verantwortung auf sich nahm, gerichtlich zur Rechenschaft gezogen und zu einer Zuchthausstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt – dies *«stiess auf Kritik und Unverständnis, damals wie auch später»*. Die VU-Politiker alt Regierungschef Gustav Schädler und Ludwig Hasler wurden wegen Spionage zu Gefängnisstrafen verurteilt, während Alois Vogt, der zweite Mann in der Regierung, nur knapp einer Ministeranklage entging. Im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens in der kleinräumigen, vielfach verflochtenen liechten-

Deutsche Gefallene an der russischen Front im Januar 1942, darunter der Liechtensteiner Waffen-SS-Freiwillige Alwin Müssner.

steinischen Gesellschaft und weil letztlich «nichts» passiert war, verzichtete man aber auf eine grosse Abrechnung.

Aussenpolitik: Lavieren zwischen der Schweiz und dem Reich

Die Aussenpolitik war durch die besondere geopolitische Lage zwischen der neutralen, demokratischen Schweiz und dem kriegführenden, totalitären Grossdeutschland bestimmt. Hauptziele waren, das Land neutral aus dem Krieg herauszuhalten und die Selbständigkeit zu bewahren, die Bevölkerung zu schützen und zu ernähren, die Wirtschaft in Gang zu halten sowie liechtensteinische und fürstliche Interessen im Ausland zu schützen. Die Beziehungen zu anderen Staaten liefen meist über die Schweiz, die das Land diplomatisch vertrat und auch die Liechtensteiner Bürger im Ausland betreute. Am 30. August 1939 gab Liechtenstein eine Neutralitätserklärung für den Kriegsfall ab.

Die Schweiz beobachtete Liechtenstein während der Kriegszeit mit Misstrauen, versuchte aber zu vermeiden, das Land durch Erschwernisse in die Hände des Reiches zu treiben und die deutschen Behörden zu provozieren. Mit der Kontrolle des Grenzverkehrs sollte verhindert werden, dass eine für die deutsche Spionage geeignete Lücke entstand. Das Misstrauen richtete sich vor allem gegen die in Liechtenstein lebenden Drittausländer, für welche 1940 faktisch ein polizeilich-militärisches Visumsverfahren eingeführt wurde.

Die Einbindung in die Schweizer Kriegswirtschaft bestimmte den Grossteil der bilateralen Aktivitäten. Als Teil des Schweizer Wirtschaftsraums war das Land in die Wirtschaftsabkommen, welche die Schweiz mit Drittstaaten aushandelte, eingeschlossen. Liechtenstein strebte vor allem eine wirtschaftliche Besserstellung gegenüber der Schweiz an. Ein Fremdenpolizeiabkommen, welches den Liechtensteinern die freie Arbeitsaufnahme in der Schweiz zusicherte, kam aber erst Anfang 1941 zustande, nachdem Liechtenstein eine von der Schweiz geforderte Loyalitätserklärung abgegeben hatte. Das Abkommen entzog den Liechtensteiner «Anschluss»-Befürwortern ein wichtiges Argument und diente der Schweiz zur engeren Anbindung des Landes.

Die direkten Beziehungen zum Reich bewegten sich auf der Ebene kleinerer, aber nicht unwesentlicher Belange, weil durch jede zwischenstaatliche Vereinbarung unausgesprochen Liechtenstein als eigenständiges Staatswesen anerkannt wurde. Der engste amtliche Verkehr lief über das deutsche Konsulat in Zürich, das auch für Liechtenstein zuständig war. Grundlegende kriegswirtschaftliche Verhandlungen und Verträge erfolgten hingegen über die Schweiz.

Hauptziel gegenüber Deutschland war die Respektierung des Status quo durch eine Strategie der Konfliktvermeidung. Anfang März 1939 stattete der Fürst in Begleitung von Regierungschef Hoop und dessen Stellvertreter Vogt bei Hitler und weiteren Vertretern des NS-Regimes in Berlin einen Höflichkeitsbesuch ab. In Liechtenstein wurde dies als Anerkennung der Eigenstaatlichkeit gedeutet, schürte in der Schweiz aber Misstrauen. Mit verschiedenen Freundlichkeitsgesten zwischen diplomatischer Höflichkeit und Anbiederung bemühte sich Liechtenstein, das Reich bei Laune zu halten. Im Dezember 1940 hielt Regierungschef Hoop eine Rede in Stuttgart – eine Verbeugung gegenüber NS-Deutschland bei gleichzeitiger Betonung der Eigenständigkeit des Landes. Als aussenpolitische Freundlichkeit gedacht war auch ein im Sommer 1941 mit Billigung der Regierung durchgeführtes, militärisch straff organisiertes Sommerlager der «Reichsdeutschen Jugend Schweiz» in Steg.

Auch mit Deutschland bestand eine enge wirtschaftliche Verflechtung: Einerseits produzierte die ab Ende 1941 aufkommende Metallindustrie (Maschinenbau Hilti, Schaan; Press- und Stanzwerk AG Presta, Eschen; Präzisions-Apparatebau PAV, Vaduz) primär für den deutschen Kriegsbedarf. Anderseits arbeiteten rund 400 Grenzgänger in Vorarlberg – eine Grenzübertrittsbewilligung erhielt aber nur, wer den deutschen Behörden genehm war, wobei offenbar auch die Volksdeutsche Bewegung die Hände im Spiel hatte.

In Liechtenstein lebten rund 1400 Reichsdeutsche, wobei sich die örtliche «NSDAP Ortsgruppe Liechtenstein» ruhig hielt und kaum mit den einheimischen Nazis zusammenarbeitete. Mindestens 108 Deutsche wurden in die Wehrmacht eingezogen, von denen 16 gefallen sind und 10 verschollen blieben. 30 weitere weigerten sich einzurücken (Refraktäre) oder kehrten aus dem Urlaub nicht zur Truppe zurück (Deserteure).

Die enge Verflechtung mit den Nachbarstaaten beschränkte sich nicht auf politische und wirtschaftliche Belange, sondern tangierte auch die Justiz: Da Liechtenstein zu wenig eigenes Personal aufbringen konnte, sassen auch Richter aus der Schweiz und aus Österreich in den Gerichten. Dies führte zur heiklen Situation, dass zwischen 1938 und 1945 auf Hitler vereidigte reichsdeutsche Richter an der Rechtsprechung im Lande mitbeteiligt waren. Wieweit dies die liechtensteinische Gerichtspraxis zu beeinflussen vermochte, wird gegenwärtig im Rahmen einer Dissertation untersucht.

Die Vaterländische Union, die Volksdeutsche Bewegung und das «Dritte Reich»

Vor dem Hintergrund der fortdauernden Wirtschaftskrise und der immer noch ausstehenden Öffnung des Schweizer Arbeitsmarktes für Liechtensteiner machte der stellvertretende Regierungschef Alois Vogt Ende Juli 1940 an einem Vortrag in Schaan die ominöse Andeutung, *«dass man daran denken müsste, sie* [die wirtschaftlichen Sorgen] *eines Tages abzulegen»*. Damit konnte nur ein «Anschluss» an den deutschen Wirtschaftsraum gemeint sein.

Im Herbst 1940 unternahm Vogt, von deutscher Seite als «Mann Berlins» in der Liechtensteiner Regierung betrachtet, hinter dem Rücken von Landtag, Regierung und Fürst eine geheime Sondierung im Reich. Es ging um die Frage eines «Anschlusses», wobei ihm das Auswärtige Amt signalisierte, dass zurzeit kein Interesse daran bestünde. Die Haltung Vogts danach ist vom Wissen um die deutsche Absage bestimmt. Aus der Rückschau stellte er sein Vorgehen als patriotische Taktik dar. Die wahren Absichten Vogts bleiben aufgrund der Quellenlage aber im Dunkeln.

Bestrebungen für ein Zusammengehen von VDBL und VU, welche von deutscher Seite beide als deutsch-orientiert eingestuft wurden, gipfelten am 13./14. März 1943 in einer Geheimkonferenz in Friedrichshafen mit Vertretern deutscher SS-Amtsstellen und den Spitzen von VDBL und VU. Angesichts der zu Ungunsten Deutschlands veränderten Kriegslage stellte sich die VU jedoch gegen eine enge politische Kooperation oder gar eine Fusion mit der VDBL und beschränkte sich auf eine bloss noch taktische Kooperationsbereitschaft, hielt sich – für alle Fälle – aber weiterhin *«nach der nationalsozialistischen Seite hin den Weg offen»*. Jedoch ist allein die Tatsache einer Teilnahme der VU-Spitze am heimlichen, von deutscher Seite organisierten Treffen auf Reichsboden, um mit SS-Funktionären und Liechtensteiner Nazis hinter dem Rücken von Fürst, Regierung, Landtag, FBP und Volk über Liechtenstein-Belange und eine Zusammenarbeit zu verhandeln, *«skandalös und zugleich naiv»* und beinhaltet Elemente der Kollaboration. Die Absicht war offenbar, gegenüber der deutschen Seite die VU als führende Kraft der Deutschfreundlichen zu profilieren und die VDBL zu verdrängen.

Deutsche Regierungs- und Parteistellen mischten sich wie selbstverständlich in die liechtensteinische Innenpolitik ein. Die VU erlag zeitweise der Versuchung, zusammen mit der VDBL im Land und gegenüber dem Reich einen Bedeutungszuwachs zu erlangen. Wäre das Ganze zum Tragen gekommen, hät-

Höflichkeitsbesuch von Fürst Franz Josef II. und Mitgliedern der Landesregierung in Berlin vom 2. März 1939.

Sommerlager der «Reichsdeutschen Jugend der Schweiz» im liechtensteinischen Steg, 1941.

te dies weitreichende Konsequenzen haben können. Dass es nicht dazu kam, hing insbesondere mit der sich abzeichnenden Wende in der Kriegsentwicklung zusammen.

Während die VDBL – ungeachtet zeitweiser taktischer Abweichungen – durchgehend auf «Anschluss» ausgerichtet war und damit hochverräterisch handelte, betrieb die VU-Führung eine auf den ersten Blick widersprüchliche *«Opportunitätspolitik, der jeweiligen Situation angepasst»*. Vogts Sondierungen in Deutschland signalisierten 1940/41 eine *«Bereitschaft zur Kollaboration»*. Ab 1942 hingegen setzte er wieder auf die Erhaltung der staatlichen Eigenständigkeit. Seine Haltung ist ambivalent und zugleich konsequent, was seinen Opportunismus betrifft. Er hatte verschiedene Gesichter: Anschlusspolitiker, Anpasser, Taktierer und Patriot – *«er passte sich der in der Kriegszeit fliessenden Situation wendig an»*. Der einflussreiche zweite Mann in der Regierung dürfte – gerade wegen seiner unberechenbaren Art und seinem verdeckten Vorgehen – der gefährlichste Akteur in der Liechtensteiner Politik während des Krieges gewesen sein, noch mehr als die politisch weitgehend isolierten VDBL-Führer, über deren wahre Absichten keinerlei Zweifel bestehen konnte.

Fürst Franz Josef II. – Staatsoberhaupt, Symbolfigur und hochadliger Grossgrundbesitzer

Der seit 1938 regierende Monarch und das Land waren in der Kriegszeit existenziell miteinander verbunden: Franz Josef II. konnte nur Fürst bleiben, solange Liechtenstein als Staat bestand, und für das Land wiederum war er *«Garant und Symbol der staatlichen Selbständigkeit»*. Der Fürst verfolgte namentlich drei Ziele: Die Sicherung des liechtensteinischen Staats und Throns, die Sicherung des verstreuten Besitzes des Fürstenhauses, der hauptsächlich im deutschen Machtbereich lag, sowie Schutz und Kontrolle der weitverzweigten Verwandtschaft als Familienoberhaupt der Fürstenfamilie. Aufgrund dieser weit auseinanderliegenden Interessensfelder war der Fürst, obwohl mit Wohnsitz in Vaduz, während des Krieges – von der Öffentlichkeit kaum bemerkt – etwa die Hälfte der Zeit landesabwesend.

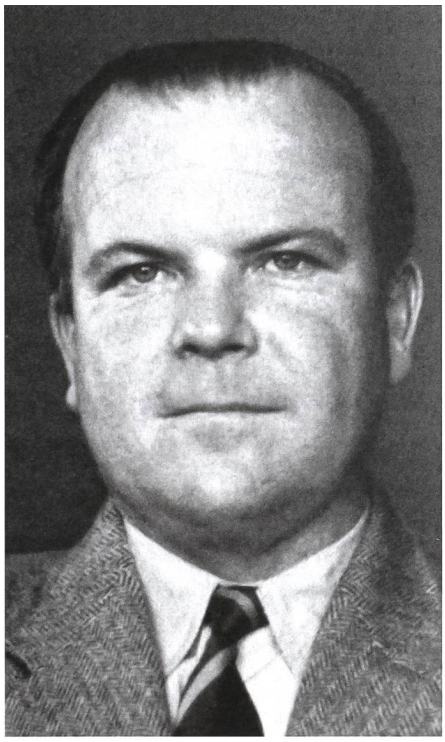
Politisch hielt sich der Fürst seit seinem Regierungsantritt zurück und unterzeichnete alle von der Regierung eingebrachten und vom Landtag verabschiedeten Gesetze. Aussenpolitisch ging es ihm einerseits um die Fortführung und Vertiefung der Partnerschaft mit der Schweiz, anderseits um die Betonung der freundnachbarlichen Beziehungen mit Deutschland, unter Vermeidung des Anscheins der «Deutschfreundlichkeit».

Die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39 eröffnete die Perspektive, Teile der durch die tschechische Bodenreform verloren gegangenen fürstlichen Güter zurückzuerhalten – entsprechende Bemühungen sind bis mindestens 1941 nachweisbar. Ob der Fürst damit (vorläufigen) Erfolg hatte, ist noch ungeklärt. 1945 wurden mit den Benesch-Dekreten alle fürstlichen Güter in der Tschechoslowakei endgültig enteignet.

Von 1938 bis 1945 pflegte der Fürst einen Glückwunsch-Telegramm-Austausch mit Hitler. Wiederkehrende Anlässe waren Jahreswechsel sowie Führer- und Fürstengeburtstag, spezielle Anlässe die Münchner Konferenz 1938, der Berlin-Besuch 1939, die Hitler-Attentate 1939 und 1944 sowie die Fürstenhochzeit 1943. Neben dem Fürstenbesuch 1939 waren dies die einzigen direkten Kontakte mit Hitler. Sie dienten der Respektpflege auf höchster Ebene, gingen oft über diplomatische Höflichkeitsfloskeln hinaus und enthielten teils sehr anpasserische Formulierungen, waren somit *«opportunistische Gesten gegenüber Hitler»*, die den Kriegsverlauf widerspiegeln. Die Telegramme wurden immer beantwortet, was einer jeweils aktuellen Anerkennung Liechtensteins gleichkam.

Am 15. Juli 1943 wurde der Fürst zu einer inoffiziellen, aber keineswegs ganz «unpolitischen» Vorsprache im Auswärtigen Amt in Berlin empfangen. Insgesamt ging es bei diesem gegenüber der Öffentlichkeit geheim gehaltenen Besuch um eine höfliche diplomatische Plauderei und ein gegenseitiges Abtasten, ohne dass der Fürst ein konkretes Anliegen vorbrachte. Angesichts des sich ändernden Kriegsverlaufs suchte der Fürst ab 1942 auch Kontakte zu britischen und US-Diplomaten, insbesondere mit Blick auf die fürstlichen Besitzungen und Vermögenswerte im Ausland.

Ende 1944 eröffnete der Fürst die 1933 aufgehobene liechtensteinische



Regierungschef-Stellvertreter Alois Vogt – von deutscher Seite als «Mann Berlins» in der Landesregierung betrachtet.

Gesandtschaft in Bern wieder – Hauptziel war auch dabei die Rettung des fürstlichen Besitzes in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dadurch sollte die Souveränität des Landes international sichtbar gemacht und dem Fürsten mehr Einfluss auf die Aussenpolitik verschafft werden. Innenpolitisch führte dies zu einem Eklat («Dezemberkrise»), da der Fürst die Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt hatte. Als Spätfolge dieses Zerwürfnisses erfolgte im Mai 1945 der Rücktritt von Regierungschef Hoop. Der Fürst wollte ohnehin die Nachkriegszeit und die Beziehungen zu den Alliierten und der Schweiz nicht durch die alte Regierung belastet sehen.

Mit dem Näherrücken der Kriegsfronten intensivierte der Monarch seine Bemühungen, eine Bergung der Fürstlichen Sammlungen von Österreich nach Liechtenstein zu erwirken. Vorbehalte der Reichsbehörden verhinderten jedoch lange eine Ausfuhr. Ab Herbst 1943 schmuggelte der Fürst deshalb in seinem Auto zahlreiche kleinere Gemälde nach Vaduz, da er dank Diplomatenpass nicht kontrolliert wurde. Bis April 1945 gelang doch noch die Überführung des grössten Teils der Sammlung nach Liechtenstein, teils mittels Täuschung der deutschen Behörden.

Die Mitglieder des Fürstenhauses lebten grösstenteils in deutschbeherrschten Gebieten, einzelne hatten die doppelte Staatsbürgerschaft (Liechtenstein und Deutschland). Ende 1944/Anfang 1945 organisierte das Fürstenhaus die Evakuation von 31 Angehörigen vor der anrückenden Roten Armee aus Wien nach Westen Richtung Liechtenstein mit einem Omnibus und einem Lastwagen. Mitte März trafen sie an der Liechtensteiner Grenze ein und wurden in Liechtenstein und den angrenzenden Gebieten untergebracht.

Zum fürstlichen Besitz gehörten auch Industrieunternehmen. Das bedeutendste war der Elbemühl-Konzern mit Sitz in Wien, der ab 1938 einige «arisierte» Fabriken hinzukaufte, teils offenbar unter zusätzlichen Zahlungen an die ehemaligen jüdischen Besitzer. Die Grossdruckerei produzierte unter anderem Kriegskarten und Propagandamaterial für die Ostgebiete und wurde zunächst noch als «kriegswichtig» eingestuft, im Frühjahr 1944, als immer mehr Ressourcen in die Rüstung abgezogen wurden, jedoch «stillgelegt».

Ein Meilenstein der Liechtensteiner Zeitgeschichtsschreibung

Das eindrückliche Werk von Peter Geiger zu Liechtenstein in den Kriegsjahren ist fraglos ein überragender Meilenstein in der Zeitgeschichtsschreibung des Fürstentums, auf den das Land stolz sein darf. Wer sich künftig mit jener Zeit auseinandersetzt, wird nicht an diesem Standardwerk vorbeikommen. Es ist das grosse Verdienst des Autors, dass er dieses «heisse Eisen» angepackt und das Projekt beharrlich durchgezogen hat, auch wenn er nicht im Voraus wissen konnte, dass sein Vorhaben insgesamt eine derart grosse Akzeptanz finden würde. Angesichts der Brisanz einzelner Forschungsergebnisse ist diese fast durchwegs positive Aufnahme nicht selbstverständlich. Geiger weiss, wieso er beinahe beschwörend vor einer Instrumentalisierung für aktuelle politische Zwecke warnt, sind doch seine Erkenntnisse gerade auch für eine der beiden Regierungsparteien nicht sehr schmeichelhaft. Mit der bedingungslosen Offenlegung dieses dunklen Kapitels der Liechtensteiner Zeitgeschichte hat der Autor allen nachträglichen Versuchen zeitgenössischer Akteure, ihre damalige Rolle zu beschönigen, wie dies etwa Martin Hilti in der Festschrift zu seinem 80. Geburtstag versucht hat, definitiv den Boden entzogen.

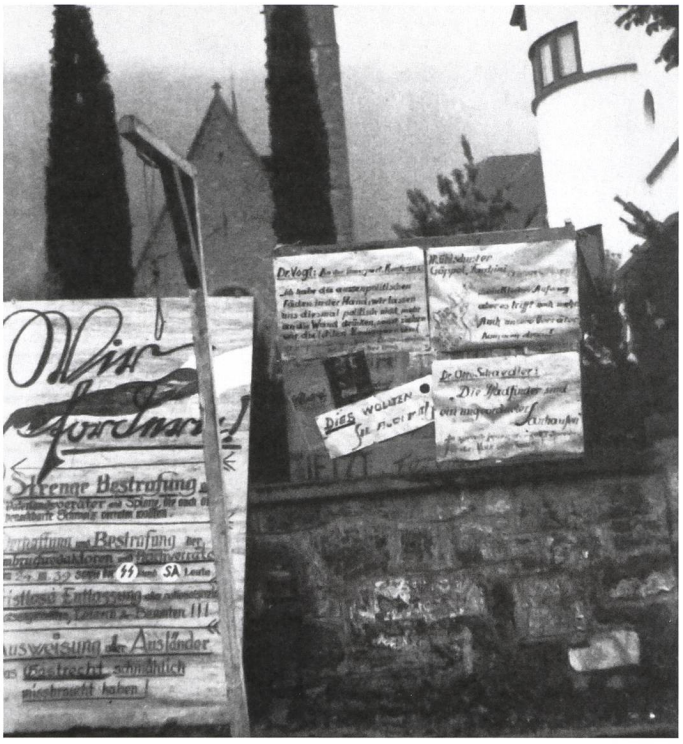
Die Auswertung der umfangreichen Quellen betreibt Peter Geiger mit grosser Sorgfalt, stets geleitet von einem kritisch-wissenschaftlichen Blick. Als Schlüsseldokumente identifizierte Quellen werden umfassend vorgestellt, akribisch analysiert und in den zeitgeschichtlichen Kontext eingeordnet. Vereinzelt – etwa im Zusammenhang mit der Eröffnung der Gesandtschaft in Bern – mag dies den Handlungsfluss etwas bremsen.

Der Umfang des Werkes kann einem im ersten Moment durchaus Respekt einflössen. Dank der ausgezeichneten Lesbarkeit, der auch für den interessierten Laien sehr guten Verständlichkeit sowie nicht zuletzt aufgrund des äusserst spannenden Inhalts zerstreuen sich allfällige Bedenken jedoch rasch. Ein Namenregister erleichtert zusammen mit dem detaillierten Inhaltsverzeichnis die Orientierung wesentlich und macht den Verzicht auf eine Zusammenfassung weitgehend wett. Im Bestreben um Kontextualisierung findet mitunter auch historisches Allgemeinwissen zum Zweiten Weltkrieg Eingang. Für Schweizer Leser gewöhnungsbedürftig ist die sich offenbar an österreichische Gepflogenheiten anlehnende Erwähnung akademischer Titel vor jeder, auch wiederholten Namensnennung.

Ein sehr gutes Urteil verdient das sorgfältige Lektorat und Korrektorat. Im umfangreichen Werk finden sich kaum offensichtliche Fehler. Eine der raren Ausnahmen ist die irrtümliche Datierung des Fürstenbesuchs im Auswärtigen Amt in Berlin auf den 15. Juli 1944 anstatt 1943 und dessen zeitliche Verknüpfung mit einem Besuch bei Aussenminister Marcel Pilet-Golaz in Bern im Sommer 1944 (Bd. 2, S. 303).

Die zahlreichen, mehrheitlich sehr aussagekräftigen Abbildungen bereichern die Bände und animieren zum Blättern. Durch die meist blockweise Zusammenfassung bleiben die Bilder aber weitgehend losgelöst vom schriftlichen Kontext. Erstaunlich ist, dass sich – vielleicht als Folge des Versammlungsverbots – keinerlei Fotos zu den politischen Aktivitäten sowohl der einheimischen NS-Anhänger wie auch der beiden Regierungsparteien finden. Mehrere Abbildungen betreffen allgemein den Nationalsozialismus und seinen führenden Exponenten sowie das Kriegsgeschehen, ohne unmittelbaren Bezug zu Liechtenstein. Die Wiedergabequalität ist – wohl durch die zur Verfügung stehenden Vorlagen bedingt – nicht bei allen Bildern gleich gut.

Der Leser aus dem angrenzenden St.Galler Rheintal weiss es besonders zu schätzen, dass Geiger den Blick immer wieder über die Rheingrenze hinaus richtet, etwa indem er zum Vergleich wiederholt den in Buchs erscheinenden «Werdenberger & Obertoggenburger» als Quelle beizieht. Nicht thematisiert sind die Beziehungen zwischen der Volksdeutschen Bewegung und den ideologisch verwandten Schweizer Frontisten wie dem Azmooser Pfarrer Werner Wirth sowie zwischen der Deutschen Kolonie in Liechtenstein und jener im Werdenberg, welche der Buchser Privatchauffeur John Frey in seinem 1945 publizierten Erlebnisbericht «Aus dem Tagebuch eines Fernfahrers» andeutet. Möglicherweise ist dies in Liechtenstein gar nicht aktenkundig geworden.



Von NS-Gegnern aufgestellte Protestplakate mit einem symbolischen Galgen am Lindenplatz in Schaan, 21. Mai 1945.

Aussicht auf weitere Forschungsergebnisse

Obwohl ursprünglich offenbar so konzipiert, handelt es sich beim Werk von Peter Geiger nicht um eine alle Aspekte umfassende «Gesamtdarstellung» der Kriegszeit. So wird die Wirtschaft, die in den «Krisenzeit»-Bänden und den Publikationen der «Unabhängigen Historikerkommission» breiten Raum einnimmt, nur am Rand behandelt. Auch die Alltagsgeschichte scheint lediglich in chronikalisch abgefassten Passagen – etwa zu den Tagen um den Kriegsausbruch – schlaglichtartig auf. Nicht oder nur knapp behandelt wurden vom Verfasser bereits früher bearbeitete Themen wie der Grenzübertritt von Resten der «1. Russischen National-Armee der Deutschen Wehrmacht» bei Kriegsende. Um den Umfang der Publikation in vertretbarem Rahmen zu halten, war der Autor gezwungen, eine Auswahl aus der immensen Materialfülle zu treffen, die er in jahrelanger Arbeit zusammengetragen hatte. Verloren sind diese jetzt nicht verwendeten Forschungsunterlagen aber keineswegs: Geiger stellt weitere Einzelpublikationen in Aussicht, namentlich zu den Themenbereichen Spionage und Kriegsteilnehmer aus Liechtenstein (Freiwillige und deutsche Wehrpflichtige), ebenso zu Aspekten der Wirtschaftsgeschichte. Noch unerforscht sind auch die liechtensteinisch-sudetendeutschen Absprachen 1938 und die Bemühungen um Rückgewinnung der verlorenen tschechischen Besitzungen – hierzu dürfte die von Geiger präsidierte liechtensteinisch-tschechische Historikerkommission neue Erkenntnisse bringen.

Anlässlich der Buchvorstellung wurde betont, Geigers «Kriegszeit» verdiene es, zur Pflichtlektüre für die Lehrkräfte zu werden. Damit dieses absolut berechtigte Anliegen aber nicht am Umfang des Werkes scheitert, wäre die Erarbeitung einer Kurzfassung für die Schule und den Alltagsgebrauch ein grosser Gewinn.

Abbildungen

Aus den besprochenen beiden Bänden: PETER GEIGER, *Kriegszeit. Liechtenstein 1939 bis 1945*, Vaduz/Zürich 2010.